



Idylle Namslaustraße?

Wer dankt an die Kindern?

2

Krankenkassenreform

Interview mit Ingeborg Simon

3

Arbeitslose melden sich zu Wort

Petition an den Bundestag: Arbeitsplätze statt Sozialabbau

In Vertrauen „auf die Demokratie in diesem Land“ und in Hoffnung „auf den Erhalt des Sozialstaates“, so schließt die Ende März 2003 initiierte Massenpetition des Arbeitslosenverbandes Deutschland e. V. Bis zum 3. Juni sollen 100.000 EinreicherInnen gewonnen werden, um dann die gesammelten Briefe dem Bundestagspräsidenten Wolfgang Thierse zu übergeben.

Ziel ist es, den Bundestag zu zwingen, das Thema „Massenerwerbslosigkeit“ im Plenum neu zu verhandeln. Ein ehrgeiziges Ziel, doch es lohnt die Mühe allemal, die Abgeordneten auf diesem Weg „zu sozial gerechteren Entscheidungen zu zwingen“.

Den Fragen, wie ein Erwerbsloser oder eine Erwerbslose von 400 Euro (Mini-Job) bzw. 600 Euro (Ich-AG) leben bzw. eine eigene Existenz aufbauen soll, schließt sich ein Forderungskatalog an, der die ganze Breite des geplanten Abbaus des Sozialstaates widerspiegelt: Rücknahme der Leistungskürzungen und -begrenzungen, eine armutsfeste, soziale Grundsicherung, eine Umlagefinanzierung für betriebliche Ausbildung, ein „Infrastrukturprogramm Ost“ und ein „Beschäftigungsprogramm für Langzeitarbeitslose“.

Ein größeres Forum in Berlin unter Mitwirkung des DGB ist zeitnah in Planung. Es ist an der Zeit, dass sich die Betroffenen entsprechend ihrer großen Zahl öffentlichkeitswirksam an die Politik wenden, um auf (abwendbare!) Schicksale von Menschen aufmerksam zu machen.

Horst Jusch



Den Wortlaut der Petition finden Sie unter:

www.arbeitslosenverband.org

Arbeitslosenverband
Deutschland E.V.,
Bundeskoordinierungsstelle
Leipzig, Georg-Schumann-
Strasse 50,
04155 Leipzig,
FAX.: 0341 9618440

Der schmale Grat

Seit Jahren werden die Kommunen zur Verschleierung der Haushaltspolitik des Bundes geplündert. Keine Tagung des Deutschen Städte- und des Gemeindetages, ohne dass Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, gleich aus welcher Partei, darüber klagen – in Enquetekommissionen auf Betreiben der PDS im Bundestag haben Experten das bestätigt. Der Bundeskanzler will nun mit der Agenda 2010 Milliarden Euro nicht für den Ausbau von Schulen oder Kindertagesstätten ausgeben, auch nicht für andere Bereiche der lokalen Infrastruktur – nein, ihm liegen die Häuslebauer am Herzen!

Detlef Dzembritzki (SPD), für Reinickendorf direkt im Bundestag, kümmert sich zwar schwerpunkt-

mäßig um die Entwicklungspolitik, aber lange Jahre war er Jugendstadtrat und Bezirksbürgermeister unseres Bezirkes. Man darf erwarten, dass er all die Zwänge nicht vergessen hat! Einst ein gemäßigter Linker, dürfte bei ihm noch ein Rest von Bewusstsein über gesellschaftspolitische Zusammenhänge vorhanden sein. Einst gingen so manche Linke auf den Marsch durch die Institutionen – sie wollten sich nicht anpassen, sondern die Gesellschaft verändern! Ein schmaler Grat – zugegeben. Mit seiner bedingungslosen Gefolgschaft für Gerhard Schröders Agenda 2010 des Sozialraubs und des Windfallprofits ist klar, auf welcher Seite dieses Grates Detlef Dzembritzki angekommen ist.

Robert Scholz

Idylle Namslaustraße?

Das Wohngebiet um die Namslaustraße in Tegel-Süd hat alles, was sich jemand wünscht, der in der großen Stadt leben, aber still und im Grünen wohnen möchte. Renovierte Häuser leuchten in freundlichen Farben, umgeben von Büschen und Bäumen. Hinter den Häusern Parks mit Spielplätzen für die Kleinen und Sportanlagen für die Größeren. Zwischen den Häusern Kitas, von der Beckumer Straße bis zur Sterkrader Straße allein drei, in näherer Umgebung sind es sechs. Dazu kommt der Komplex der Havelmüller-Grundschule. Nur zu verständlich, dass es junge Familien mit Kindern hierher zog. Aber die Namslaustraße hat, wie sich herausstellte, auch etwas Verhängnisvolles. Sie ist breit und übersichtlich und führt - parallel mit der vielbefahrenen Bernauer Straße - schnurgerade zur direkten Verbindungsmagistrale zwischen Tegel und Spandau. Daraus ist für die Anwohner ein Problem ent-

standen. Ihre schöne, stille Namslauer wird nämlich von vielen als Umgehungsstraße benutzt, und das nicht nur von PKW, sondern häufig auch von LKW, ja sogar BVG-Bussen. Da sich kaum jemand an die vorgeschriebene Geschwindigkeit von 30 km/h hält, ist der Verkehr eine große Gefahr für die Kinder.

Das wollen die Anwohner nicht hinnehmen. Frederik Guth, Vater der kleinen Milena, die demnächst die hiesige Kita besuchen wird, wandte sich um Hilfe an die Bezirksverordnete Renate Herranen (PDS). Es wurden Möglichkeiten zur Verkehrsberuhigung beraten und ein entsprechender Antrag an die BVV gestellt. Geprüft werden sollten verschiedene Maßnahmen: das Einfügen von Moabitern, versetztes Querparken, Einbau einer Diagonalsperre an der Kreuzung Sterkrader/Namslaustraße, die den Durchgangsverkehr durch die Namslaustraße unmöglich-

macht. Der Verkehrsausschuß sprach sich fast einstimmig (eine Enthaltung) gegen den Antrag aus und wird der BVV eine Ablehnung empfehlen. Zu viel Aufwand, zu teuer! Dr. Wegner (CDU), Stadtrat für Verkehr, hält die Namslaustraße geeignet für Schwerlast- sowie Durchgangsverkehr und möchte sie dafür auch erhalten.

Und die vielen Kinder, die sie täglich benutzen? Wer sorgt sich um ihre Sicherheit, ihre Unversehrtheit? Die Eltern werden sich mit soviel Gleichgültigkeit nicht abfinden und keine Ruhe geben. Eine Elterninitiative ist im Gespräch.

Frau Wyremblewski:

„Eigentlich ist alles hier kinderfreundlich eingerichtet. Aber wenn ich morgens mit meinem Sohn die Wohnung verlasse und die vorbeirasenden Autos sehe, wird mir ganz Angst. Ich frage mich, was wird sein, wenn er größer wird und allein diese Wege geht. Jeder weiß doch, dass Kinder beim Spielen oft die Gefahr vergessen. Besonders ängstigen mich die LKW, die oft in Eile sind, weil sie Termine halten müssen. Ja sogar Busse habe ich schon vorbeifahren sehen. Irgendetwas muss geschehen. Im Interesse der Kinder.“

Herr Antolovic:

„Ich habe zwei Kinder, neun und vier Jahre alt. Aber ich bin nicht nur in Sorge um die eigenen. Der Gedanke, dass in unserer Straße ein Kind zu Schaden kommen könnte, bedrückt mich. Es muss doch eine Möglichkeit geben, Hindernisse für die Autofahrer einzurichten und mit geringstem Aufwand den größten Nutzen zu erreichen. Aber oft wird erst reagiert, wenn etwas Schlimmes geschehen ist. Wird Hilfe gebraucht, ich bin dabei!“

Elfriede Schroth



Vor der Kita in der Namslaustraße,

Foto: Marion Lubina

Der Opfer gedenken...

Nicht einfach gleich zur Tagesordnung übergehen sollte die 16. Sitzung der BVV Reinickendorf am 9. April – dies war zumindest die Intention der Bezirksverordneten Renate Herranen (PDS). Sie schlug dem Vorsteher der BVV, Herrn Betcke (CDU), mit Schreiben vom 7. April vor, »vor Beginn der BVV-Sitzung in einer Schweigeminute der Opfer des Krieges im Irak zu gedenken.«

Eine richtige Anregung, sollte man/frau meinen, hatte doch dieselbe BVV nach dem 11.09.2001 auch der Opfer des Anschlages auf das WTC in New York gedacht. Wer wür-

de erahnen, dass der guten Absicht mit dem Argument, dass der Krieg im Irak doch noch nicht beendet sei, seitens des BVV-Vorstehers nicht gefolgt würde.

„Beschämend“ nannte der Bezirksvorsitzende der PDS, Klaus Rathmann, in einer Presseerklärung diese entlarvende Doppelmoral eines Repräsentanten unseres Bezirkes, »diese Heuchelei ist unerträglich«. Recht hat er!

Müssen die Opfer erst gezählt sein, muss Mr. Bush seinen völkerrechtswidrigen Krieg erst offiziell für beendet erklären, müssen die

Siegesfeiern erst vollzogen sein, bevor in Deutschland der (in erster Linie zivilen) Opfer der Irak-Krieges gedacht werden darf? Das ist zynisch, menschenverachtend und dem Mitglied einer „christlichen“ Partei unwürdig.

Herr Bethke, die Zahl der Opfer wird auch in diesem Krieg nie ermittelt werden. Es geht auch nicht. Ich denke nur an die zahlreichen Menschen, die an den Folgen des Einsatzes von radioaktiven Geschossen der US-Armee in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren sterben, nein, krepieren, werden.

Sie dürfen nicht vergessen sein, heute nicht und morgen nicht! Niemals!

Jürgen Schimrock

Informationen über die Arbeit der PDS Reinickendorf in der BVV finden Sie unter www.pds-reinickendorf.de

Weiter beschleunigte Umverteilung

PDS-Kampagne Gesundheit: Unterm Strich - nur Solidarität rechnet sich

Die ersten halbamtlichen Nachrichten über die Gesundheits- und Krankenkassenreform liegen vor: Die Medikamenten-Zuzahlung soll steigen, der Leistungskatalog der Krankenkassen wird gekürzt, die Raucher sollen für das Mutterschaftsgeld aufkommen. Und anderes mehr. **WiR** sprach darüber mit der gesundheitspolitischen Sprecherin der PDS-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus, Ingeborg Simon:

Was ist der Standpunkt der PDS zur Reform der Krankenversicherung und des Gesundheitswesens?

Die Gesetzliche Krankenversicherung ist in ihrer bisherigen Form erhaltbar und finanzierbar. Allerdings müssen die Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung gestärkt werden: durch Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze, allgemeine Versicherungspflicht für alle Bürger sowie Verzicht auf politische Verschiebung sozialer Kosten in die Krankenkassen, die seit 1995 der GKV fast 30 Milliarden Euro entzog. (Die Bundesanstalt für Arbeit zahlt z.B. nur einen verringerten Beitrag für Arbeitslose.) Der Arbeitgeberanteil sollte nach der Bruttowertschöpfung der Unternehmen berechnet werden, was vor allem kleine Firmen mit viel Einsatz lebendiger Arbeit entlasten würde.

Sind die bekanntgegebenen Einzelheiten schon die ganze Wahrheit über die Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung?

Die Wahrheit ist, dass es Bestrebungen gibt, die Krankenversicherung in eine ganz andere Richtung zu entwickeln. Bisher hatten wir eine solidarische und paritätisch finanzierte gesetzliche Krankenversicherung. Solidarisch, weil die Gesunden für die Kranken einstanden, die Jungen für die Alten, die Ledigen für die mit Fa-

milie. Jeder trägt nach seinem Einkommen bei und bekommt von der Kasse im Krankheitsfall die Leistungen bezahlt, die er braucht. Diese Solidarität ist auch bei sehr gutem Einkommen die rentabelste Art, gesichert zu sein. Paritätisch war die Krankenversicherung, weil Arbeitnehmer und Arbeitgeber die Gesundheitsleistungen halbe-halbe finanzierten.

Und nun?

Die Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung sollen etwas zurückgefahren werden auf 13 Prozent vom Lohn oder Gehalt, wovon die Hälfte der Arbeitgeber trägt. Der Anteil der Arbeitgeber soll fest geschrieben werden. Wenn die Krankenkassen damit nicht auskommen, sollen die Versicherten das abfangen. Entweder ganz aus eigener Tasche oder durch eine Zusatzversicherung. Oder vielleicht einmal sogar durch Verzicht. Übrigens, so ganz paritätisch sind medizinische Leistungen und Medikamente längst nicht mehr finanziert. Wegen der verschiedenen Zuzahlungen liegt das Verhältnis jetzt bei 40 zu 60.

Aber die Kosten sollen doch explodiert sein.

Das Gesundheitswesen machte vor 20 Jahren etwa sechs Prozent vom Bruttoinlandsprodukt (BIP) aus. Da steht es noch heute. Medizinisch-technischer Fortschritt macht ja nicht immer alles teurer. Löhne und Gehäl-

ter sind allerdings nicht mit dem BIP mitgewachsen. Das hängt mit der stetigen Umverteilung des Gesamteinkommens von unten nach oben zusammen.

Könnte nicht das Gesundheitswesen viel rationeller sein?

Fachleute schätzen, da stecken 10 Milliarden Euro Reserven jährlich. Sie könnten erschlossen werden durch integrative und kooperative Versorgung, durch Verzahnung von stationärer und ambulanter Behandlung sowie durch verbesserte Qualität anhand von Behandlungsleitlinien. Die Einführung einer Medikamenten-Positivliste könnte vier Milliarden erbringen. Bessere Früherkennung und mehr Vorsorge würden perspektivisch gerade bei Volkskrankheiten wie Herz- und Kreislauferkrankungen oder Krebs jährlich über 20 Milliarden einsparen - ein Viertel etwa der gegenwärtigen Kosten dafür. Und noch mehr Einsparung von Leid.

Was unternimmt die PDS?

Sie PDS sucht die öffentliche Diskussion und ein breites Bündnis für eine solidarische Reform. Den Auftakt bildete eine von der PDS organisierte Veranstaltung in Schönerlinde mit Gesundheitspolitikern, Vertretern der Ärzteschaft, von Krankenkassen, Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und z.B. Attac. Die nächste Veranstaltung wird am 24. Mai um 11 Uhr im Berliner Abgeordnetenhaus stattfinden.

Hans Schuster

teil der Erwerbslosen stieg hier im letzten Jahr immerhin um 15,3 Prozent und beträgt jetzt 16,8 Prozent. Kein Ruhmesblatt, Frau Wanjura!

Sicher kann man sein, dass es wieder gelingen wird, hinreichend „objektive“ Gründe zu finden, die die Zahlen so wie sie sind plausibel erscheinen zu lassen. Ob dies die Betroffenen auch verstehen, darf angezweifelt werden. Sicher sind sich linke Ökonomen auch, dass die neuen „Instrumente“ der Bundesregierung nur die altbekannte Leier herunterspielen.

Horst Jusch

Ingeborg Simon ist von Beruf Apothekerin, Mitglied des Selbstverwaltungsrates einer gesetzlichen Berliner Krankenkasse



Das gegenwärtig noch gültige Prinzip der Gesetzlichen Krankenkassen geht auf Bismarck zurück. Er wollte mit seinen Sozialgesetzen der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln nehmen.

Beschäftigungspolitik im Bezirk

Große Anfrage der PDS

Haben die von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen zur Umstrukturierung der Arbeitsmarktförderung Auswirkungen in Reinickendorf? Was bringt das „Hartz-Konzept“, was bringen die neuen Arbeitsmarktinstrumente für den Bezirk? Wie stellt sich die Situation auf dem bezirklichen Arbeits- und Lehrstellenmarkt dar? Hat sich die Situation der Sozialhilfeempfänger-

verändert? Das ist der Inhalt einer Großen Anfrage der PDS in der Reinickendorfer BVV. Man darf gespannt sein auf die Antworten des Bezirksamtes - rühmt sich unsere Bürgermeisterin doch regelmäßig und medienwirksam ihrer überaus wirtschaftsfreundlichen Bezirkspolitik. Fakt ist aber, dass Reinickendorf an zweiter Stelle der Negativbilanz in Berlin liegt. Der An-

Krieg und Frieden

Einen Wettbewerb für Reinickendorfer Schulen zu diesem aktuellen Thema sollte das Bezirksamt initiieren, so titelte ein Ersuchen der SPD-Fraktion in der März-BV. Das lässt einem friedensbewegten Sozialisten das Herz höher schlagen, drängt die in den letzten Monaten verstärkten Zweifel an der ethisch-moralischen Redlichkeit einiger Zeitgenossen wieder etwas zurück, nährt die Hoffnung auf bessere Zeiten.

Der Überweisung in den Schulausschuss und der folgenden Beratung in diesem Gremium folgte die Ernüchterung, das Protokoll der Sitzung, „... aufgrund des, wegen der aktuellen Kriegssituation, unpassenden Zeitpunktes zu vertagen“, so endete der offensichtlich konsensorientierte Antrag der SPD im Schulausschuss, dem auch einstimmig gefolgt wurde.

Ein Konsens auf der argumentativen Grundlage, dass „die Auseinandersetzung mit diesem Thema in den Schulen bereits stattfindet“ (CDU) und „ein weiterer Anstoß daher nicht nötig sei“ (FDP). Wird nun erwartet, bis sich die bezirklichen Schulen nicht mehr mit dem Thema Krieg und Frieden auseinander setzen - oder auf kriegsfreie Tage? Wieder mal ein halberzig vorgetragen guter Vorstoß der SPD, der wegen fadenscheiniger Argumente seitens CDU und FDP scheitert. Schade, doch die Wiedervorlage ist im Terminkalender der PDS eingetragen. Wettbewerb fördert doch die Entwicklung der Gesellschaft, oder? - Nehmen wir sie beim Wort!

Jürgen Schimrock

Termine

Öffentliche Mitgliederversammlung der PDS Reinickendorf, Samstag, den 31. Mai 2003, 14.00 Uhr, Roter Laden „Agenda Sozial statt Agenda 2010“ Gespräch mit Heidemarie Lüth, Stellv. Parteivorsitzende (angefragt)

Das Bündnis für ein tolerantes und weltoffenes Reinickendorf lädt im Rahmen des Netzwerk gegen Gewalt und Rechtsextremismus am 20. Mai um 19.00 Uhr in die Bettina-von-Arnim-Oberschule, Senftenberger Ring 49, ein.



Die PDS erinnerte am 3. Mai 2003 an ein illegales Treffen der Freien Jugend im Jahr 1918. Am 5. Mai 1918 waren über 2000 Jungen und Mädchen in den Wald bei Stolpe gekommen, um den 100. Geburtstag von K. Marx zu feiern und um gegen den Militarismus und Krieg zu protestieren. 30 Genossen und Freunde der PDS aus Reinickendorf, Hohen-Neuendorf u. Glienicke/Nordbahn trafen sich aus diesem Anlaß nun schon das zweite Mal in Stolpe. Foto: Marion Lubina

„Sie wollten etwas, was es nirgends auf der Welt gibt“

Zum Marsch der Hennigsdorfer am 17. Juni 1953

Am Morgen des 17. Juni 1953 bewegten sich große Demonstrationen in die Berliner Innenstadt. Eine Marschkolonne zog, misstrauisch beäugt durch die französische Besatzungsmacht, von Hennigsdorf durch Reinickendorf.

Die demonstrierenden Arbeiterinnen und Arbeiter machten allen politisch Verantwortlichen im Osten wie im Westen der Stadt klar, dass die Streikbewegungen der Vortage endgültig in eine politische Erhebung übergegangen waren. Sie zeigten

drastisch, wie verhasst ihnen die Staatspartei SED war. Wer sich ihnen in den Weg stellen wollte, den schlugen sie blutig, drohten, ihn in der Havel zu ersäufen. Das allerdings bereitete auch den Weg in die Tragödie. Walter Ulbricht, den sie stürzen wollten, wurde durch den 17. Juni für die Sowjetunion unverzichtbar.

Die Beobachter im Westen wollten den „Elendsmarsch“ der Hennigsdorfer, deren Holzpantinen auf dem Pflaster der Reinickendorfer Straßen klapperten, mit dem Wunsch nach Einheit und Freiheit für sich sprechen lassen. Andere wie der sozialistische Gewerkschafter Heinz Brandt wurden nicht müde, in den Demonstrationen den Willen zu einem wirklichen Sozialismus zu erkennen: demokratisch, human und mit einem würdigen Leben.

Die Streikenden des 17. Juni 1953 gehören in die deutsche und europäische Tradition der Erhebungen der Unterdrückten – im Kapitalismus wie im real existierenden Sozialismus des 20. Jahrhunderts. Der Wunsch nach dem guten Leben ist lebendig, den Hennigsdorfern und all den anderen zur Ehre!

Robert Scholz

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22, 13507 Berlin-Tegel.
 Öffnungszeiten: Mo - Fr 15.00 bis 18.00 Uhr
 Tel.: 4373 2630, Fax: 4373 2632,
 e-mail: info@pds-reinickendorf.de
 internet: www.pds-reinickendorf.de

Impressum

Herausgegeben vom Bezirksvorstand der PDS Reinickendorf, V.i.S.d.P.: Klaus Rathmann.

Wir in Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden sind ausdrücklich erwünscht: PDS Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.